

# Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feiertunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

**Bezugspreise:**  
 Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.80  
 Einzelnummer 10 ¢  
 Erscheint an jedem Werktag  
 Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold  
 Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. D. Sailer (Karl Sailer) Nagold



**Anzeigenpreise:**  
 Die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 ¢, Familien-Anzeigen 12 ¢, Reklame-Zeile 45 ¢, Sammelanzeigen 50% Aufschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreffes. — Postcheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 139      Begründet 1827      Samstag, den 18. Juni 1927      Fernsprecher Nr. 29      101. Jahrgang

## Tagespiegel

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben den Reichspostminister gebeten, von einer Gebührenerhöhung abzusehen.

In Königsberg wurde heute der zweite Deutsche evangelische Kirchentag eröffnet.

## Politische Wochenschau.

Es ist bei wilden Völkern Sitte, beim Begräbnis von Häuptlingen Menschenopfer zu bringen. An so etwas wird man unwillkürlich erinnert, wenn man die Schandtaten der Tscheka aus Anlaß der Ermordung des russischen Gesandten Wolkow in Warschau liest. Denn „Verurteilungen“ sind das nicht. Die Tscheka läßt einfach so und so viel, ohne nur auch sie verhört zu haben, aus dem Untersuchungsstempel holen und niederstrecken, Leute, die absolut nichts mit dem Gesandtenmord zu tun hatten, die vielmehr nur das Verbrechen begangen hatten, daß sie zum „alten Rußland“ zählten, nicht rechtzeitig den Staub ihres Vaterlandes von den Füßen geschüttelt hatten oder aus Liebe zu ihrer heimatlichen Erde wieder einmal dort sich blicken ließen.

Genau so muß Moskau weitermachen, wenn es vollends den letzten Rest seiner Sympathie in der Welt, auch in Deutschland, verlieren will. Denn mit Wilden wollen wir Deutsche auch nichts zu tun haben, selbst auf die Gefahr hin, daß wir wirtschaftliche Einbußen erleiden. Uebrigens ist auch hierin nicht mehr viel zu verlieren, wie wir das wiederholt an dieser Stelle ausgeführt haben. Denn wo nicht mehr die ehernen Sittengesetze respektiert werden, da ist auch kein ehrlicher Handel möglich.

Natürlich spielte die russische Frage keine geringe Rolle bei der gegenwärtigen Völkerbundsratsstagung in Genf. Und wenn sie auch sachungsgemäß kein Gegenstand der offiziellen Tagesordnung sein kann, um so mehr können und werden sich die Außenminister hinter den Kulissen über Moskau unterhalten. Was dort in diesen Tagen geschieht, ist Wasser auf die Mühle Londons. Und man kann sich vorstellen, wie unter solchen Umständen furchtbar schwer es für unseren Außenminister Dr. Stresemann sein muß, strengste Neutralität zwischen dem Westen und Osten zu wahren und nur auch wenigstens den Buchstaben des Berliner Vertrags einzuhalten. Man sagt wohl: „Ihr müßt streng unterscheiden zwischen dem russischen Volk und seiner jetzigen Regierung.“ Gewiß, das tun wir auch. Aber solange ein Volk eine solche Regierung duldet, solange ist ihm auch nicht zu helfen.

Bis jetzt hat die Tagung in Genf nur ein positives Ergebnis fertig gebracht und dazu eines, worüber wir uns Deutsche herzlich freuen können: Die Regelung der Memeler Beschwerte. Die Regierung Woldemaras, auf die anfänglich die Deutschen in Memel große Hoffnungen setzten, leistete sich eine Verletzung des Memelstatuts nach der andern. Es wurde der verfassungsmäßige Memeler Landtag aufgelöst, die Neuwahlen wurden immer und immer wieder hinausgeschoben, das Wahlrecht auch auf Leute ausgedehnt, die nicht in Memel wohnen, und das Direktorium kümmert sich nicht um das Vertrauen des Landtags. Das alles soll jetzt, wie der litauische Staatspräsident in Genf versprochen, anders werden.

Man sieht aus diesem Beispiel, daß es sein Gutes hat, wenn in Genf die Außenminister ab und zu zusammenkommen. Ob viermal im Jahr, wie bisher Vorschrift war, oder ob es, wie Chamberlain beantragt, nur dreimal, darüber kann man streiten. Jedenfalls verdanken unsere Memeler Landsleute der Zwiesprache zwischen Woldemaras und Dr. Stresemann ihren erfreulichen Erfolg. Freilich, er betrifft nur einen kleinen Staat und einen noch kleineren Teil dieses Staats. Schwieriger aber wird die Sache, wenn es sich um Deutschland selber handelt. Zwei dringende Wünsche haben wir auf dem Herzen: erstens, daß endlich letzter und gründlicher Schluß mit der für uns so unwürdigen Militärkontrolle gemacht werde; zweitens, daß endlich mit der Räumung der Rheinlandzone begonnen, also mit Locarno und Artikel 431 des Versailler Vertrags, Ernst gemacht werde. Aber da wollen die Herren keinen rechten Zug voran machen. Es genügt ihnen nicht, daß Deutschland die Versicherung gegeben hat, jene 34 Beton-Unterstände im Osten seien auftragsmäßig zerstört worden. Frankreich und Polen wollen, daß diese Lasten durch eine Kontrolle irgendwie festgestellt werde. Und was die Räumungsfrage betrifft, so drücken sich die Franzosen erst recht um die Sache herum. Solange von Deutschland keine Gegenleistungen angeboten würden, könne von einer Veränderung, geschweige denn von einer gänzlichen Aufhebung der Besatzung nicht die Rede sein. Als ob „Rechte“ erst mit Gegenleistungen erkaufte werden müßten!

Vielleicht hofft man auch, auf die Weise Deutschland in die Antirussenfront zerrren zu können. Damit wäre Europa einen Schritt näher der Kriegsgefahr getreten. Ueberhaupt ist es ein Wunder, daß es noch nicht so weit gekommen ist. Da ist der italienisch-albanisch-südslawische Zwist und dort die englisch-russische Spannung. In normalen Zeiten hätte das schon längst zu Kriegserklärungen geführt. Aber heute besinnt man sich, einen solchen Schritt zu tun. Man hat genug vom letzten Weltbrand, in den die Staatsmänner nur so „hineingekittert“ waren (Wood

## Ende der Völkerbundstagung

Genf, 17. Juni. In einer halbamtlichen Auslassung von deutscher Seite heißt es: Die Abreise Briand's, die außerordentlich beschleunigt infolge einer schmerzhaften Erkrankung vor sich ging, hat die Absicht zunichte gemacht, zwischen den Besatzungsmächten und Deutschland über die sie untereinander betreffenden Einzelfragen weitere Verhandlungen zu führen. Das ist umso bedauerlicher, als an den amtlichen Bericht über die Mittagsbesprechung die verschiedenartigsten Vermutungen geknüpft worden sind, die aber meistens danebengehen. Ueber die Fragen, die in den letzten Verhandlungen der sechs Mächte zur Erörterung gelangt seien, könnten gegenwärtig keine näheren Angaben gemacht werden, da es sich um Fragen handle, die zum Teil von den Regierungen selbst noch einmal geprüft werden müßten, und andererseits um Fragen, die noch behandelt werden sollen. Bezüglich der Locarnopolitik handle es sich nicht um Deutschland betreffende Fragen, sondern um Maßnahmen der Locarnomächte zur Aufrechterhaltung des Friedens überhaupt. Aus dem amtlichen Bericht dürfte jedoch unter keinen Umständen gefolgert werden, daß in den Verhandlungen die Bildung einer Front gegen eine andere Macht vorbereitet worden sei. Derartige Absichten seien auf keinen Fall zur Erörterung gelangt. Die Verträge, die Deutschland mit den einzelnen Ländern geschlossen habe, und die es wohl aufrecht erhalte, hinderten es jedoch nicht daran, diese Länder zu kritisieren, wenn sie etwas täten, was zum mindesten nicht als richtig empfunden werde. Das gälte für den Westen ebenso wie für den Osten. Nach Erledigung der letzten Programmpunkte in der heutigen Völkerbundsratsstagung, in der die noch ausstehenden Danziger Fragen, und zwar die Danziger Kommunalanleihe sowie die Westernplattenfrage behandelt werden, werden die meisten Abordnungen voraussichtlich bereits heute abend Genf verlassen. Chamberlain dürfte heute abend abreisen, während Dr. Stresemann nach den bisherigen Dispositionen vermutlich erst am Samstag oder Sonntag früh Genf verlassen wird.

Es scheint nach allem, daß das Ergebnis der Genfer Ministerbesprechungen sehr mager sein wird, sowohl in den zentraleuropäischen wie auch in den osteuropäischen Fragen, und daß sich die meisten Hoffnungen, die auf die Tagung im Juni gesetzt wurden, nicht erfüllen. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Kämpfe hinter den Kulissen sehr lebhaft gewesen sind. Wäre es anders gewesen, so hätte keine Notwendigkeit bestanden, daß die sechs Minister so lebhaft von der Geheimdiplomatie Gebrauch gemacht hätten.

**Völkerbundsrat und Weltwirtschaftskonferenz**  
 Genf, 17. Juni. In der gestrigen Nachmittagsstimmung des Völkerbundsrats gaben die Vertreter Rumäniens, Japans, Chiles und Bolens Sympathieerklärungen zum Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz ab. Chamberlain beantragte eine Abänderung von Punkt 3 der im Bericht von Dr. Stresemann vorgeschlagenen Entschließung in dem Sinne, daß die Regierungen, die mit der Prüfung des Berichts der Wirtschaftskonferenz noch nicht zu Ende seien, nicht auf die Befürwortung aller und jeder Empfehlung der Weltwirtschaftskonferenz festgelegt würden. Der Reichsaussenminister verteidigte seine Fassung, erklärte sich aber bereit, die erbetene Abänderung anzunehmen.

Der Rat nahm schließlich den Bericht Dr. Stresemanns mit der Abänderung an. Der Rat nahm dann noch einen Bericht Chamberlains als Vorsitzenden des im März eingeleiteten Dreierkomitees für den rumänisch-ungarischen Streitfall entgegen. Auf Antrag von den beiden Mächten wurde die Vertagung der Frage beschlossen. Damit war die öffentliche Nachmittagsstimmung beendet, worauf der Rat noch in einer kurzen Geheimstimmung weiter tagte.

**Deutschland kommt in die Mandatskommission**  
 Genf, 17. Juni. In der geheimen Sitzung vom Donnerstag richtete, wie aus Genf gemeldet wird, der Generalsekretär des Völkerbundes an den Rat eine Anfrage, wie er sich zur Ernennung eines deutschen Mitglieds in die Mandatskommission stelle, die als möglich im Haushaltsplan für 1927 vorgezogen sei. Es wurde beschlossen, die Anfrage der Mandatskommission zur Aeußerung zuzuleiten. Auf deutscher Seite zweifelt man jedoch nicht an einer Erledigung im Sinne der deutschen Auffassung, das heißt, man nimmt an, daß Deutschland einen Sitz in der sog. Mandatskommission (die in der Hauptsache für die Verwaltung der früheren deutschen Kolonien zuständig ist) bekommen wird.

**Schluß der internationalen Arbeitskonferenz**  
 Genf, 17. Juni. Die internationale Arbeitskonferenz ist nach dreiwöchiger Dauer gestern mit Ansprachen ihres Präsidenten Sir Atul Chatterjee und des Direktors des internationalen Arbeitsamts Albert Thomas abgeschlossen worden. Der Direktor des Arbeitsamts betonte dabei, daß es nach den auf der diesjährigen Arbeitskonferenz entstandenen Schwierigkeiten nunmehr dem Arbeitsamt obliegen werde, deren eigentliche tieferliegende Gründe zu erforschen, für die die Ableitung des Fragebogens zur gewerkschaftlichen Freiheit nur als Symptom aufgefaßt werden könne, da dieses negative Ergebnis die eigentlichen Gründe der entstandenen Schwierigkeiten nur verflüchtete.

## Der Kampf um die Portoerhöhung

Berlin, 17. Juni. Im Verwaltungsrat der Reichspost gab Reichspostminister Dr. Schädel eine Erklärung ab über die Folgen des Reichstagsbeschlusses, wonach keine Portoerhöhung eintreten soll. Wie politischer Minister halte er sich für verpflichtet, den Beschluß des Reichstags zu berücksichtigen.

Vorerst sei er verpflichtet, festzustellen, daß, wenn den Beschlüssen des Reichstags entsprochen werde, der Deutschen Reichspost schon heute die Mittel fehlten, um die Ausgaben zu bestreiten, die durch die Gebührevorlage Deckung finden sollten. Ungedeckt bleiben hiernach bis auf weiteres die laufenden Beschaffungen im Betrag von 150 Millionen Mark. Es müßten daher zur Vermeidung haushaltsmäßiger Haftungen der beteiligten Beamten alle laufenden Bestellungen, Bauten, Einrichtungen und Betriebsmittel entsprechend abgestellt werden. Weitere Bestellungen könnten von heute ab weder an die beteiligten Industrien noch an das Bauhandwerk oder Gewerbe verteilt werden. Einzustellen seien ferner alle Betriebs- und Verkehrsvorbereitungen; einzustellen sei endlich der Ausbau der Verkehrseinrichtungen. Er mache hierbei zur Vermeidung späterer Berufungen darauf aufmerksam, daß die von den Abgeordneten Torgler und Laubadel in der vorgestrigen

Reichstagsstimmung geforderte Abdrückung der Ausgaben für den Ausbau der Einrichtungen der Reichspost schon in der nächsten Zeit die Entlassung von etwa 12000 Arbeitern zur Folge haben werde. Endlich fehlten der Deutschen Reichspost die Mittel, um sich an der Erhöhung der Beamtensolden zu beteiligen. Ohne Bemilligung der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung sei die Bestreitung dieser Erhöhung für das Postpersonal schlechterdings eine Annehmlichkeit.

**Interfraktionelle Besprechungen**  
 Berlin, 17. Juni. In der interfraktionellen Besprechung der Koalitionsparteien im Reichstage wurde zunächst im Gegenwart des Reichsanwalters und des Reichspostministers Schädel die Postgebührenerhöhung erörtert. Daran schloß sich eine mehrstündige Beratung, an der der Reichsernährungsminister Schiele und der Finanzminister Köhler teilnahmen, über die Frage, ob das Zollprovisorium lediglich verlängert oder entsprechend dem Wunsche der Deutschnationalen gleichzeitig eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle, namentlich für Kartoffeln, vorgesehen werden soll. Wie das R.D.B.D. aus parlamentarischen Kreisen hört, handelt es sich nur um eine allgemeine Aussprache. Ein Ergebnis wurde nicht festgestellt.

(George). Und man weiß, daß ein neuer Weltkrieg bei den Riesenschritten der Technik — man denke nur an unsere Ozeanflieger — noch viel schrecklichere Verwüstungen anrichten würde.

Wir Deutsche können erst recht keinen Krieg, auch wenn wir nicht unmittelbar daran beteiligt wären, brauchen. Was wir lebensnotwendig haben müssen, das ist Ruhe für unsere Wirtschaft, die immer noch mit den größten Hindernissen zu kämpfen hat. Zu ihnen gehört in vorderster Linie der Damestribut, den wir Monat für Monat zu entrichten haben. So haben wir für den Monat Mai wieder mehr als 111 Millionen an unsere Gläubiger bezahlt. Seit dem 1. Oktober, dem Beginn des 3. Damesjahrs, sind es 1067 Millionen, seit dem Waffenstillstand 57 Milliarden Goldmark!! Und das größte Opfer, das wir brachten, ist

die Inflation, die natürliche Folge jener wahnsinnigen Leistungen. Nimmt man das alles zusammen, so hat man vollkommen recht mit der Behauptung, Deutschland habe drei große Wunder in diesem Jahrhundert erlebt: daß es in 13 Jahren den Weltkrieg durchgehalten, die Inflation ausgehalten und den Wiederaufstieg so schnell begonnen habe. Schon diese drei unmeßbaren Taten verbürgen die Zukunft unseres Vaterlands.

Der Reichstag hat seine Arbeit wieder aufgenommen und gleich mit einer großen Ueberraschung begonnen. Sie betrifft die neue Gebührenerordnungsvorlage des Reichspostministers, über die ja in den letzten Wochen so unendlich viel gesprochen und geschrieben wurde. Nun ist durch Gesetz die Reichspost auf eine eigene Grundlage gestellt worden, so daß der Verwaltungsrat der

Reichspost, also nicht die Regierung, die Verantwortung für die Gebührenerhöhung trägt. Selbstverständlich ist die geplante Portoderhöhung unpopulär. Wo in aller Welt wäre eine solche Maßnahme beliebt gewesen? Man klagt — und nicht mit Unrecht — über eine allzu große, ja untragbare Belastung, die der Wirtschaft dadurch aufgeladen würde. Diese Stimmung ließ sich die Opposition nicht entgehen. Ein demokratisch-sozialdemokratisch-kommunistischer Antrag forderte Zurückziehung der genannten Gebührenerhöhungsvorlage. Der Zufall brachte es mit sich, daß die Interpellation früher zur Besprechung kam, als angenommen werden konnte, und zwar in einem Zeitpunkt, wo von den Regierungsparteien verhältnismäßig weniger anwesend waren als von der Opposition. Und siehe da! Der Antrag der Minderheitsparteien wurde mit 175 gegen 173 Stimmen der Regierungsparteien angenommen. Das bedeutet eine Niederlage des Reichspostministers, wenn auch nur mit 2 Stimmen. Allerdings wurde gleich darauf ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen Dr. Schäkel mit 327 gegen 35 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) abgelehnt. Im übrigen haben auch die Regierungsparteien die Erwartung ausgesprochen, daß der Verwaltungsrat der Reichspost nur eine Gebührenerhöhung beschließt, wenn sie unumgänglich ist, und daß insbesondere alsbald eine Reform der Fernsprechgebühren in Angriff genommen werde, ebenso eine Reform des Postwesens auf dem flachen Lande.

Was nun? Der Reichspostminister rechnet mit einem neuen Bedarf der Reichspost, deren Finanzlage sich wesentlich verschärft habe, mit 430 Millionen Mark aus. Durch die in Aussicht genommene Gebührenerhöhung werde jedoch nur ein Betrag von rund 200 Millionen gedeckt werden können. Es bleibe also noch ein ungedeckter Betrag von 230 Millionen! — Von der befürchteten „Damesierung“ der Post kann natürlich unter solchen Umständen keine Rede sein. Es ist traurig genug, daß unsere Eisenbahn in den Molochsraufen des Damesplans geworfen werden mußte.

## Deutscher Reichstag

Berlin, 17. Juni. In der heutigen Reichstagsitzung wird ohne wesentliche Debatte eine Novelle zur Rechtsanwaltsordnung in allen drei Lesungen angenommen. Darauf begründet Abg. Wiener (Dn.) einen von Abgeordneten der Regierungsparteien eingebrachten Gesetzesentwurf zur Lockerung der Bäckereiverordnung, wonach der Achttagebrotzeit zwar aufrecht erhalten, an den einzelnen Werktagen aber ein tretender Ausfall der Arbeitsstunden durch Mehrarbeit an anderen Werktagen ausgeglichen werden soll. Die Arbeitsbereitschaft soll nicht voll als Arbeitszeit gerechnet werden. Arbeitszeit und Arbeitsbereitschaft sollen insgesamt 60 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. An Sonn- und Feiertagen soll es während zweier Stunden gestaffelt sein, leicht verderbliche Konditorwaren herzustellen. Abg. Unterleitner (Soz.) bekämpft ebenso wie Abg. Räder (Rom.) die Vorlage, während Abg. Dunkel (W.) für einen vernünftigen Ausgleich eintritt. Schließlich wird der Entwurf dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Das Kriegsgerätegesetz geht an den Auswärtigen Ausschuss.

Nächste Sitzung Samstag mittag 12 Uhr.

## Württembergischer Landtag

Stuttgart, 17. Juni.

Am Landtag wurden heute die Abfassungen zu Kapitel 86 (Einnahmen aus Reichsteuern) nachgeholt und dabei wurden sowohl die kommunalistischen als auch die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Im übrigen wurde der Kulterrat beraten. Der Abg. Gaus (3.) wünschte die Einstufung der kath. Geistlichen in die Gruppe 10, ihm wurde von dem Abg. Heymann (S.) erwidert, daß das Sache der kirchlichen Organisationen sei. Man habe ja dazu der Kirche die Landeskirchensteuern gegeben. Der einmalige Staatszuschuß für die evang. und die kath. Kirche in Höhe von 147 000 M wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten genehmigt. Für die Universität wurden 71 500 M an sachlichen Ausgaben bewilligt. Zum Kap. 51 (Techn. Hochschule) beantragte der Abg. Dr. Wiedner (B.P.), zu den vorgesehenen 43 500 M weitere 150 000 M für bauliche Veränderungen zu bewilligen. Nach Mitteilung von Ministerialrat Bauer sind die 150 000 M erforderlich, weil ein Professor erklärte, er bleibe nur in Stuttgart, wenn ihm in seinem Institut dieselben Arbeitsbedingungen gewährt würden wie in Karlsruhe. In der Aussprache wurde verlangt, daß man die Ueberspezialisierung verlasse. Außerdem wurde gefordert, den Neubau der Technischen Hochschule in Balde vorzunehmen, damit sie nicht von München und Karlsruhe überflügelt werde. Der Antrag Wiedner wurde bis zur dritten Lesung zurückgestellt. Angenommen wurde beim Kapitel 54 ein Ausschuhsantrag betreffend Vermehrung der Lehrstellen bei den Gewerbe-, Handels- und Frauenarbeitschulen. Abgelehnt wurde

## Die Donauversicherung vor dem Staatsgerichtshof

Leipzig, 17. Juni. Der Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs begann heute unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons mit der Verhandlung des Rechtsstreits des Landes Württemberg, vertreten durch das Ministerium des Innern, dem sich das Land Preußen, vertreten durch das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, angeschlossen hat, gegen das Land Baden, vertreten durch den Minister der Finanzen, auf Feststellung hinsichtlich der Verpflichtung Badens zur Unterhaltung der Donauwasserstraße zwischen Immendingen und Möhringen. Württemberg beantragt, Baden für verpflichtet zu erklären, die künstliche Stauanlage an der Behrwage des Wasserstraßwerks in Immendingen zu beseitigen, sowie das Flößbett der Donau im „Brühl“ bei Möhringen auf einer Breite von etwa 2 1/2 Kilometern so zu unterhalten, daß die regelmäßige Flußrinne wiederhergestellt werde. Baden erklärt diese Anträge für unbegründet und erhebt Gegenklage, die württembergische Regierung zu verpflichten, beim Wasserstraßwert Friedingen die früheren Verhältnisse wiederherzustellen.

Es handelt sich bei diesem Rechtsstreit um die bekannten Donauversicherungen im Grenzgebiet zwischen Württemberg und Baden, durch die das Donaunasser, das in der Aachquelle wieder zu Tage tritt, dem Bodenseegebiet zugeführt wird. Die Versicherungen haben seit dem Jahre 1883 stark zugenommen, besonders die Zahl der Vollversicherungszeuge, in denen das Donaunasser zwischen Immendingen und Lutzlingen überhaupt kein Wasser führt. Württemberg führt diese Erscheinungen auf bad. Maßnahmen zurück. Die Immendinger Behrwage, die bis zu 10 Kbm. pro Sekunde das

dann ein kommunistischer Antrag, den Religionsunterricht an Gewerbeschulen einzustellen und zugestimmt einem Antrag Heymanns (Soz.), eine Ueberschreitung der Etatsumme von 2600 M für Studientreisen der Kunstakademien nicht zu beanstanden. Zu den Kap. 55 und 56 (höhere Schulen, Aufwand an die Lehranstalten) wurden Ausschuhsanträge angenommen betr. Verwandelung unständiger Stellen in ständige an höheren Schulen und an Volksschulen, Rücktritt auf die besonderen Verhältnisse der Reallehrer und der Präzeptoren bei der Einstufung und Wiedererrichtung der im Jahr 1924 abgeauten Latein-, Real- und einklassigen Volksschulen. Der Abg. Dr. Schermann (3.) schilderte eingehend das große Afforenelend und wies darauf hin, daß es heute noch 44 Jahre alte unständige höhere Lehrer gebe. Ausführungen, die Kultusminister Bazille zur Frage der Verfügrung der Belegung von vier erledigten Oberstudienleiterstellen machte, blieben unverstanden, weil der über der Pressetribüne angebrachte Ventilator zu Geräuschpoll war und trotz Aufforderung nicht abgestellt wurde. Schließlich wurde noch Kap. 60 (Sonsiger Aufwand auf die Volksschulen) beraten, wobei der Abg. Polich (3.) die Anstellungserhältnisse namentlich der katholischen Lehrerinnen als tiefertraug bezeichnete. Vom Ausschuss lag ein Antrag vor auf Schaffung neuer Lehrstellen an den Volksschulen, Nichtbeurteilung der für Stellvertretungskosten für Volksschullehrer vorgesehenen Mittel für 1927, Vermehrung der Zahl der Stellvertreter für 1928, Schaffung günstiger Verhältnisse für die planmäßige Anstellung von Lehrerinnen, Erhöhung der Beiträge an bedürftige Gemeinden zu Bauten für Volksschulzwecke. Die Abstimmung wurde auf morgen verschoben. In der morgigen Sitzung soll auch der Vertrag mit dem herzoglichen Hause beraten werden.

In der kommenden Woche fallen die Plenarsitzungen des Landtags aus, um den Ausschüssen Gelegenheit vor Vorbereitung kleinerer Gesetzentwürfe zu geben. In der darauf folgenden Woche soll dann der gesamte vorliegende Stoff aufgearbeitet werden, worauf der Landtag in die Sommerferien geben will.

## Das Reichsgericht in Stuttgart

Stuttgart, 17. Juni. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig unter Vorsitz von Senatspräsident Niedner fand sich heute in einer besonderen Anlagelade zum erstenmal im Schwurgerichtsraum in Stuttgart zusammen. Es handelt sich um die Anklage gegen 13 württembergische Kommunisten wegen Vorbereitung zum Hochverrat, vollendeten Mords, verführten Mords, wegen Teilnahme an einer geheimen Verbindung und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz und zwar in der Hauptsache wegen des am 25. November 1923 verführten Bombenattentats auf das damals von der Polizei besetzte Gebäude der kommunistischen „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ in Stuttgart, ferner wegen der am 26. November 1923 in Ostheim erfolgten Ermordung des Kriminaloberwachtmeysters Tischler. Der Gerichtshof besteht aus 7 Reichsgerichtsräten, die rote Talare tragen. Die Anklage wird von dem bei der Reichsanwaltschaft beschäftigten Amtsrichter Dr. Weinstauf vertreten. Angeklagt sind 1. der 29 Jahre alte Fabrikverwalter Otto Baithardt von Nürtingen, 2. der 42 Jahre alte Schlosser Otto Braun in Stuttgart, 3. der 32 Jahre alte Schriftleiter Otto Lämmle in Botnang, 4. der 45 Jahre alte Schreiner Franz Legmaier in Stuttgart, 5. der 39 J. a. Bäcker Eugen Klöpfer-Stuttgart, 6. der 31 J. a. Frieur August Groß-Stuttgart, 7. der 29 J. a. Tabakschneider Emil Gökeler-Stuttgart, 8. der 24 J. a. Mechaniker Max Staub-Stuttgart, 9. der 30 J. a. Mechaniker Hermann Ruoff-Stuttgart, 10. der 25 J. a. Schneider Georg Frey-Stuttgart, 11. der 28 J. a. Hilfsarbeiter Hermann Hepperle-Stuttgart, 12. der 25 J. a. Hilfsarbeiter Paul Kuhle-Stuttgart, 13. der 35 J. a. Bautechniker Richard Daniel-Stuttgart. Der Wohnort der vielen Zeugen und die Notwendigkeit von Lokalterminen ließ es angezeigt erscheinen, die Verhandlung in Stuttgart abzuhalten. — Der Schwurgerichtsraum und die ganze Umgebung des Justizgebäudes werden durch ein starkes Polizei- und Landjägereinsatz geschützt. Das Zuschauerpublikum wurde streng kontrolliert. Bei der großen Zahl der geladenen Zeugen und bei dem Umfang des Anlagematerials werden die Verhandlungen voraussichtlich 4—5 Wochen in Anspruch nehmen.

Nach dem Eröffnungsbeschluss ist sämtlichen 15 Angeklagten zur Last gelegt, das hochverräterische Unternehmen, die Verfassung des Deutschen Reiches gewalttätig zu ändern, vorbereitet und an geheimen staatsfeindlichen Verbindungen teilgenommen zu haben. Die Hauptangeklagten sind Baithardt, Lämmle und Gökeler und zwar wegen der Ermordung des Kriminaloberwachtmeysters Tischler. Wegen des Sprengstoffattentats sind sämtliche Angeklagte mit Ausnahme von Lämmle, Ruoff und Daniel angeklagt. Gegen Braune geht noch eine Anklage wegen Besitzes eines Maschinengewehrs. Die übrigen Angeklagten haben sich wegen Beihilfe und Be-

günstigung zu den genannten schweren Verbrechen und zum Teil auch wegen Urkundenfälschung zu verantworten.

Vor Beginn der Vernehmungen der Angeklagten teilte der Vorsitzende noch mit, daß in dem ganzen Komplex noch wegen einer Reihe weiterer Personen Ermittlungen stattgefunden haben, die aber nicht fortgesetzt werden konnten, weil die Betroffenen nach Rußland geflüchtet sind. Hierbei handelt es sich um folgende Haupttäter: Wolfenberger, Günther, Haußmann, Münzenmayer, Metz und Reichardt. Dann wurde mit der Vernehmung der Angeklagten begonnen. Im ganzen sind bis jetzt 96 Zeugen geladen.

## Neuestes vom Tage

Fünf Deutsche in Moskau verhaftet

Berlin, 17. Juni. Von einem soeben aus Moskau zurückgekehrten deutschen Großkaufmann wird mitgeteilt, daß am Mittwoch, dem Tag seiner Abreise, 5 Deutsche von der G.P.U. (der früheren Tscheka) verhaftet worden sind. Zwei dieser Deutschen wohnten in dem gleichen Hotel, wie unser Gewährsmann. Er konnte daher ihre Namen feststellen: Dr. Jörn und Ernst Thiede. Die Namen der drei anderen konnte er nicht erfahren. Alle 5, die sogleich ins Gefängnis der G.P.U. überführt wurden, wurden der Spionage zugunsten einer fremden Macht verdächtigt.

Fortdauer der Gewalttätigkeit in Memel

Memel, 17. Juni. Nachdem in der gestrigen Völkerbundsitzung der litauische Ministerpräsident Volde maras das Betsprechen abgegeben hat, die Memelkonvention durchzuführen, wurde heute der genaue Wortlaut seiner Erklärungen in memelländischen Zeitungen vom 16. Juni veröffentlicht. In Moskau fanden zahlreiche Straßendemonstrationen als Protest gegen das Urteil gegen den Wotkow-Mörder statt. „Iswestija“ weist darauf hin, daß das Urteil des Warschauer außerordentlichen Gerichtshofes gegen Komarda in der Deffenlichkeit der Sowjetunion gerechteste Entstrüfung hervorruft. Das beschleunigte Gerichtsverfahren, so erklärt das Blatt, hat die polnische Regierung zur raschesten und sichersten Verbergung aller Fäden des Verbrochens benützt. Die von der Sowjetregierung in ihrer Rote gestellte Forderung hinsichtlich der Untersuchung des Verbrochens und der strengen Bestrafung des Mörders ist von der polnischen Regierung faktisch abgelehnt worden. Die Sowjetregierung wartet nunmehr die Stellungnahme Polens zur dritten Forderung der Liquidierung der weißgardistischen terroristischen Organisationen in Polen ab. In ihre endgültigen Schlüsse zu ziehen, inwieweit die Erklärungen der polnischen Regierung über den Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion zu wahren und zu verbessern, den Tatsachen entsprechen.

Anruhe in Moskau

Warschau, 17. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Witwinow den russischen Geschäftsträger in Warschau, Mianow, telegraphisch angewiesen, von der polnischen Regierung eine Antwort auf die letzte russische Note zu fordern. Mianow wird wahrscheinlich heute im polnischen Außenministerium wegen der letzten Ereignisse vorstellig werden. In Moskau fanden zahlreiche Straßendemonstrationen als Protest gegen das Urteil gegen den Wotkow-Mörder statt. „Iswestija“ weist darauf hin, daß das Urteil des Warschauer außerordentlichen Gerichtshofes gegen Komarda in der Deffenlichkeit der Sowjetunion gerechteste Entstrüfung hervorruft. Das beschleunigte Gerichtsverfahren, so erklärt das Blatt, hat die polnische Regierung zur raschesten und sichersten Verbergung aller Fäden des Verbrochens benützt. Die von der Sowjetregierung in ihrer Rote gestellte Forderung hinsichtlich der Untersuchung des Verbrochens und der strengen Bestrafung des Mörders ist von der polnischen Regierung faktisch abgelehnt worden. Die Sowjetregierung wartet nunmehr die Stellungnahme Polens zur dritten Forderung der Liquidierung der weißgardistischen terroristischen Organisationen in Polen ab. In ihre endgültigen Schlüsse zu ziehen, inwieweit die Erklärungen der polnischen Regierung über den Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion zu wahren und zu verbessern, den Tatsachen entsprechen.

Briand bei Poincaré

Paris, 17. Juni. Poincaré hatte heute mit Briand eine Unterredung, die sich auf die Arbeit des Völkerbunds bezog. Ueber das gesundheitliche Befinden Briands wurde mittags ein Communiqué ausgegeben, in welchem erklärt wird, daß das Augenleiden, das auf Ueberarbeitung zurückzuführen sei, keine weiteren Fortschritte gemacht habe, daß aber Briand für einige Tage das Zimmer hüten müsse.

## Württemberg

Stuttgart, 17. Juni.

Zugsentgleisung. Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Am Donnerstag ist die Lokomotive des Zugs 19, Wärsenbeuren—Göppingen (Göppingen an 18.09), bei der Einfahrt auf die Station Faurndau (Nebenbahn) entgleist. Der Zug 20, Göppingen—Gmünd (Göppingen ab 18.32), mußte ausfallen, die Züge 21 und 22 erlitten größere Verspätungen. Verletzt wurde niemand. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht aufgeklärt. Untersuchung ist im Gang.

Falsche Dreimarckstücke im Umlauf. Am Dienstag nachmittag wurde im westlichen Stadtteil festgesetzt, daß falsche Dreimarckstücke in Umlauf gegeben wurden.

Vom Tode. Donnerstag nachmittag kurz nach 2 Uhr erkrankte eine 30jährige Frau beim Baden im Rillbad am Neckar. Der Ertrunkenen soll es an den notwendigen Schwimmkenntnissen gefehlt haben.

Kalkental, 17. Juni. Er lebt noch. Die Meldung des Filderboten, nach der ein Teilnehmer an der Fahnenweihe des Freien Volksschors in Kalkental seinen Gegner mit einem Hebeisen erschlagen hatte, ist lt. Süddeutscher Arbeiterzeitung nicht richtig. Der Erschlagene lebt noch und der des Totschlags Beschuldigte war beim Lesen des Filderboten nicht wenig erstaunt. Der Tatbestand ist folgender: Vier oder fünf junge Männer gingen über ein neben dem Festsplatz liegendes Grundstück durch ein Maschinenhaus. Der Besitzer rief den Arbeiter K. zu Hilfe gegen die Eindringlinge. Diese nahmen zwar kein Hebeisen, aber ein Wasserleitungsrohr. Mit diesem soll einer der Beteiligten eine Verletzung am Kopf erhalten haben. Er begab sich selbst ins Krankenhaus und ließ sich verbinden. Am Montag früh wurde er aus dem Krankenhaus entlassen.

Kommelschauen O. Waiblingen, 17. Juni. Hohes Alter. Am 8. d. M. vollendete Konrad Würtels Witwe ihr 95. Lebensjahr. Sie ist die älteste Person in der Gemeinde und befindet sich noch bei guten Kräften des Körpers und des Geistes.

Bielshheim, 17. Juni. Abgelehntes Gesuch um einen Staatsbeitrag. Das Gesuch der Stadtgemeinde um Verwilligung eines Staatsbeitrags zu dem Besoldungsaufwand der Lehrkräfte an der ev. und kath. Volksschule wurde einem Erlaß des Kultusministeriums zufolge abgelehnt mit der Begründung, daß die vorhandenen Mittel bedürftigeren Gemeinden zuzuweisen waren.

Heilbronn, 17. Juni. Todesfall. In Emden verschied der Generalmusikdirektor a. D. Prof. Birnbacher-Lanae. Als der Heilbronner Niederfranz nach Rektor



Protesterklärung, wurde von der litauischen Zensur ge-  
frühen. Obendrein wurde den Zeitungen des Memelge-  
bietes seitens des Gouverneurs mitgeteilt, daß sie in Zu-  
kunft nur amtliche litauische Darstellungen über die Be-  
handlung der Memeler Beschwerde bringen dürften.

Die russisch-polnische Spannung

Warschau, 18. Juni. Wie aus Moskau gemeldet  
wird, wurde im Räte der Volkskommissare in einer außer-  
ordentlichen Sitzung beschlossen, bis auf weiteres keine  
Note an Polen zu richten. Rosenholz' Rückkehr aus Warschau  
soll erst abgewartet werden, der über den Prozeß Bericht  
erstatten wird. Außerdem beschloß der Rat der Volks-  
kommissare die polnische Regierung zu benachrichtigen, daß  
die Sowjet-Regierung nicht mehr imstande sei, einen  
Gesandten nach Warschau zu schicken, da das milde  
Urteil gegen Kowarda keine genügende Garantie für die  
persönliche Sicherheit der Sowjetgesandten bieten würde.  
Dies würde in verkappeter Form einen Abbruch  
der diplomatischen Beziehungen zwischen Sowjetrußland  
und Polen bedeuten.

Segelflieger Schulz in Danzig abgestürzt

Danzig, 18. Juni. Der bekannte Segelflieger  
Schulz ist gestern nachmittag gegen 14 Uhr auf dem Flugfeld  
von Danzig-Langfuhr mit seinem Segelflugzeug „Marien-  
burg“ abgestürzt. Die Maschine wurde vollständig zer-  
trümmert, wogegen Schulz selbst nur leichte Verletzungen  
erlitt.

Spiel und Sport

Zum morgigen Sonntag hat der Sportverein Nagold die  
Kreisliga-Mannschaft der „Sportfreunde Eplingen“ für ein  
Freundschaftsspiel gegen unsere Nagolder 1. Elf verpflichtet.  
Ueber die Spielförderung der Gäste, gegenüber unserer Elf, ist uns  
nichts bekannt; immerhin stehen sie in der Tabelle in guter  
Position, und dürften sie für die Heimischen ein beachtenswer-  
ter Gegner darstellen. Das Spiel beginnt schon um 2 Uhr.  
Nach diesem Spiel stehen sich die II. Mannschaften von der  
Spielvereingung Freudenstadt und des S.V. N. im Freundschafts-  
rückspiel gegenüber. Das Vorspiel in Freudenstadt ging  
für die hiesige Elf mit 0:2 verloren, und wird sie hoffentlich  
morgen Gelegenheit nehmen, sich für diese Niederlage zu  
revanchieren. Vormittags um 1/2 11 tragen die U-Jugend-  
Mannschaften von Oberndorf und Nagold ihr rüchständiges Ver-  
bandspiel aus. Sämtliche oben erwähnten Spiele finden auf  
dem Sportplatz an der Calverstraße statt; der Zugang zum  
Spielfeld ist an der Straße. Die Wiesen dürfen, wenn sie  
auch abgemäht sein sollten, nicht betreten werden.  
Der Spielausschuß des S.V. N.

Faltbootfahrt auf der Nagold

Die „Stuttgarter Paddler“ wollen am nächsten Sonntag  
wiederum eine Faltboot-Fahrt auf der Nagold veranstalten  
(Abfahrt von Calw 8 Uhr), bei der die Boote nach Art der  
Flöße durch die zahlreichen Flößgassen und Stellfallen von  
Calw bis Pforzheim fahren. In Calw, Bad Liebenzell und  
Pforzheim sind gemeinsame Aufenthalte vorgesehen.

Sendefolge der Südd. Rundfunk U.-G. Stuttgart

Sonntag, 19. Juni:  
10.30: Kunstgesang des Gesangvereins d. Männergesangsvereins Sängen-  
bund Gegenau anlässlich seines 65jährigen Vereinsjubiläums. 13.10: Schall-  
plattenkonzert. 14.20: Heimatkundgebung auf dem Marktplatz von Eppingen  
anlässlich des Gausängerfestes, Wallengasse von 3000 Sängern. 15.00: Vor-  
trag: Das 700-Jahr-Jubiläum d. Stadt Eppingen. 15.30: Dichterkunde. 16.00:  
Nur am Abende möcht ich leben. 18.00: Zeitangabe, Sportfunkdienst. 18.15:  
Vortrag von Willi Ehmer, Stuttgart: Rund ums Mittelmeer: Palästina.  
18.45: Vortrag: Charlotte von Meibitz, der Weidenweg einer Kaiserin: Magi-  
milien als Mensch und Künstler. 19.15: Vortrag: Kreuz und quer durch  
Süden. 19.45: Zeitangabe, Sportfunkdienst. 20.00: Italienische Musik. 21.00:  
Der Erbsenkel (Poffe). 23.00: Letzte Nachrichten.  
Montag, 20. Juni:  
10.30: Wetterbericht, Nachrichten. Bis 14.00: Schallplattenkonzert. 16.15:  
Nachmittagskonzert. 18.00: Zeitangabe, Wetterbericht. 18.15: Vortrag: Theater  
und Filmhausplanung. 18.45: Poffestunde. 19.15: Zeitangabe, Wetterbericht.  
19.45: Rosen Stuttgart spricht. 20.00: Zeitangabe, Wetterbericht. 20.10: Land-  
wirtschaftsfunk. 20.30: Volkstiml. Orchesterkonzert. 22.00: Humoreskenabend.

Briefkasten der Schriftleitung.

Herrn C. K. in Ebhausen. Ich habe mich über die  
Einstellung in Ihrem Schreiben vom 15. ds. Mts. gefreut.  
Sie dürfen nicht glauben, daß mich die 15 J. Strapazie von  
der Beantwortung abhielten, sondern ich bin einzig und allein  
durch die Unkenntnis Ihrer Person, resp. Ihres Namens — der  
in keinem Falle zur Kenntnis der Öffentlichkeit gekommen wäre —  
gezwungen, mich auszusprechen. Jedes Geschäft hat seine  
Richtlinien, die es konsequent einzuhalten bemüht ist. Und so  
glaube auch ich konsequent sein zu dürfen, denn zur Bearbeitung  
der fortwährend in oft allzureichlichem Maße eingehenden An-  
fragen solcher und ähnlicher Art, muß man es unbedingt sein.  
Auf den weiteren Inhalt Ihres Schreibens möchte ich nicht  
eingehen, es würde nämlich zu weit führen, über dehnbare Be-  
griffe wie „Höflichkeit“, „Unhöflichkeit“ usw. schriftlich zu deba-  
tieren. Darum Schluß an dieser Stelle! Vielleicht aber kom-  
men Sie einmal zu mir und sagen mir doch noch, wer Sie sind,  
es würde mich sehr freuen.  
H. Köll.

Handel und Volkswirtschaft

Berliner Dollarkurs, 17. Juni. 4,215 G., 4,223 B.  
5 v. H. Dt. Reichsanleihe 1927 88.  
Anleiheablösung mit Nr. 302.  
Anleiheablösung ohne Nr. 17,80.  
Franz. Franken 124,02 zu 1 Pf. St., 25,54 zu 1 Dollar.

Berliner Geldmarkt, 17. Juni. Tagesgeld 4,5—6,5 v. H., Privat-  
diskont 5,25 v. H. kurz und lang, Monatsgeld 8—9 v. H.

Heraushebung des Zinsfußes für kurzfristige Personalkredite sei-  
tens der Deutschen Rentenbank und der Deutschen Rentenbankkredit-  
anstalt. In Anlehnung an die Erhöhung des Reichsbankdiskont-  
satzes haben die Deutsche Rentenbank und die Deutsche Rentenbank-  
kreditanstalt den Zinsfuß für ihre kurzfristigen Personalkredite um  
1 Prozent heraufgesetzt.

Stuttgarter Börse, 17. Juni. Die bessere Stimmung, die an der  
gestrigen Nach- und Abendbörse zum Durchbruch kam, konnte sich  
heute fortsetzen, und man verkehrte den ganzen Tag über in feier-  
licher Haltung. Das Geschäft konnte sich etwas beleben. Goldpfandbriefe  
etwas höher gefragt bei kleinem Angebot.

Berliner Getreidepreise, 17. Juni Weizen märk. 29,80—29,90,  
Roggen 28—28,20, Wintergerste 24,10—27,50, Sommergerste 24,10  
bis 27,50, Weizenmehl 37,50—39,50, Roggenmehl 35,50—37,70,  
Weizenkleie 15—15,25, Roggenkleie 17,50—17,75.

Allgäuer Butter- und Käsebörsen in Kempten. Butter 137—142,  
Durchschnittspreis 140 einchl. Ueberpreis. Tendenz ruhig; Weich-  
käse mit 20 Prozent Fettgehalt grüne Ware 24—27, Tendenz ruhig;  
Allgäuer Emmentaler mit 45 Prozent Fettgehalt 103—114. Markt-  
lage etwas fester.

Märkte

Viehpreise. Blaubeuren: Rube 325—480, Jungrinder 18  
bis 700. — Herrenberg: Ochsen 738, trüchtige Rube 380—520,  
Milchkuhe 440—510, Schlachtkühe 190—350, Kalbinnen 580—650,  
Jungrinder und Stiere 175—555. — Baihingen a. G.: 1 Paar  
Ochsen 1280—1665, 1 Paar Stiere 930—1170, Rube 350—650, Rin-  
der 190—160 H je d. St.

Schweinepreise. Herrenberg: Milchschweine 17—27, Säuger  
38—60. — Schömberg: Milchschweine 10—20 H.

Gestorbene:

Calw: Katharine Bauer, geb. Bösch.  
Befensfeld: Andreas Mast 71 J.

Beilagen-Hinweis.

Unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt „Kinder-Woche“  
der Firma Hermann Tieg, Warenhaus in Stuttgart bei,  
den wir der gefl. Beachtung unseres Leserkreises empfehlen.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten  
hiezü die 8seitige illustrierte Beilage  
„Feiertunden“.

Das Wetter

Ueber Mitteleuropa liegt ein Hochdruckgebiet im Westen eine  
neue ziemlich starke Depression. Für Sonntag und Montag ist zeit-  
weise bedecktes, zu gewitterartigen Niederschlägen geneigtes Wetter  
zu erwarten.

Aufwertung

Trotz unserer früheren Veröffentlichungen herrscht da und  
dort noch Unklarheit, wie es sich mit der Aufwertung der  
Guthaben unserer alten Sparer verhält.

Das aufzuwertende Gesamtguthaben der Einleger ist auf  
184 Millionen Goldmark berechnet. Die Aufwertung zum  
Mindestfuß von 12 1/2 % würde also 23 Millionen Reichsmark  
erfordern. Fest steht nun,

daß die Aufwertung höher ausfällt,

namentlich infolge der aus den neuen Geschäftserträge-  
nissen geleisteten Zuschüsse. Wir können aber den Satz noch  
nicht bestimmen, weil auf weitere Leistungen zur Auf-  
wertungsmasse von Seiten solcher Gemeinden, Kirchen-  
gemeinden usw. zu hoffen ist, die ihre Schulden in der In-  
stanzzeit mit wertlosen oder nahezu wertlosen Zahlungen  
getilgt haben und nach dem Anleihe-Ablosungsgezet — anders  
als Hypothekschuldner — nicht aufzuwerten hätten. Nachdem  
schon eine große Anzahl von Schuldnergemeinden in An-  
erkennung der aus Treu und Glauben entspringenden Ehren-  
pflicht zur Aufwertung sich entschlossen hat, können die  
übrigen beteiligten Gemeinden nicht zurückbleiben.

Vorschüsse auf die Aufwertung werden nach wie  
vor unter den mehrfach veröffentlichten Voraussetzungen  
(Alter, Notlage) geleistet. Auch unsere Zweigstellen nehmen  
Anträge entgegen.

Württ. Landessparkasse

Die Mütze  
kauft man bei  
Oscar Rapp - Nagold  
Hüte — Mützen — Herrenwäsche

Pünktliche Näherin gesucht  
für Weisnähen, Flicker  
und einfache Kleiderän-  
derungen nach auswärtig  
(jed. Woche 1—2 Tage).  
Angebote an die Ge-  
schäftsstelle d. Bl. 2221

Ein selbständiger Möbelschreiner  
sowie ein jüngerer Hilfsarbeiter  
für Schreinerei u. Land-  
wirtschaft, können sofort  
eintreten. 2218

Chr. Weimer  
Ipselshausen.

Papier-Servietten vorrätig bei  
G.W. Zaiser, Buchh.

Die Kraftwagenlinie  
Nagold-Mötzingen-Unter-Oberjettingen-Herrenberg  
und zurück

wird nach Beendigung des Straßenbaues Unterjettingen-Oberjettingen  
ab Sonntag durch die Unternehmer Benz & Koch - Nagold nach  
dem bereits ausgegebenen Fahrplan wieder befahren.  
Der Zwischenfahrplan wird hierdurch hinfällig.

Johanna Pfeifle  
Hans Helber  
Verlobte  
Ebhausen Nagold  
2211 Juni 1927

Lehrmädchen.  
Für unsere Polierseifen-Abteilung nehmen wir  
zum sofortigen Eintritt ein Lehrmädchen aus achtbarer  
Familie an.  
Knoll & Pregizer  
Schmuckwarenfabrik, Nagold.  
2220

Krafffahrlehrkurs  
Der für Nagold vorgesehene Krafffahrlehrkurs be-  
ginnt am Montag, den 27. Juni nachm. 2 Uhr  
in der Gewerbeschule Nagold.  
An diesem Tage werden noch Anmeldungen ent-  
gegengenommen, sowie Auskunft erteilt.  
Württ. Landesfahrschule, Filiale Calw.  
Tel. 2, 3 und 4.

Detail-Reisender  
für Stadt und Land  
gesucht.  
Redegewandtem, strebsamen, jungem  
Mann ist gegen hohe Provision oder  
Gehalt gute Dauerstellung geboten.  
Angebote mit Zeugnisabschriften und  
Gehaltsanprüchen unter Nr. 2295 an die  
Gesch.-Stelle des Gesellschafter's erbeten.

Sportplatz Calverstr.  
Sonntag, 19. Juni  
2 Uhr nachm.  
S.V.N. I - Sport-  
frunde. Eblingen I  
(Kreisliga)  
3 1/2 Uhr  
S.V.N. II - S.V.  
Freudenstadt II  
10 1/2 Uhr vorm.  
Jugendverbandsspiel  
S.V.N. - Oberndorf  
Heute, Samstag,  
1/2 9 U. Waldhornjaal  
Monatsversammlung.

Ausnähen  
empfehlen sich  
Wer? sagt die Ge-  
schäftsstelle d. Bl.  
Ebhausen.  
Verkaufe eine leichtere,  
guterhaltene 2119

Mäh-  
maschine  
ein- und zweipännig,  
sowie auch zum Frucht-  
mähen eingerichtet.  
Johannes Helber.

Bremen - Südamerika  
Ostküste / Westküste  
Hervorragende Reisegelegenheiten  
mit den beliebten Dampfern des  
NORDEUTSCHEN LLOYD BREMEN  
Kostenlos Auskunft erteilt:  
2226 in Nagold: Berg & Schmid, Marktstr.  
in Stuttgart: Reisebüro Rominger  
Generalvertr. d. Norddeutschen Lloyd, Königsstr. 15.

Handschleppreden  
Heuzangen  
Gabeln  
2217 in großer Auswahl  
sehr billig bei  
Berg & Schmid.

Feinster gebrannter  
Kaffee  
aus eigener frischer Röstung  
Kaffee Hag  
Franks Karlsbader Kaffeegewürz  
Webers „Kaffeegewürz“  
Pfeiffer und Dillers Kaffeesenz  
empfehlen 2223  
Gustav Heller

Hygiene der Lunge  
im gefunden und  
franken Zustande  
mit 4 Tafeln und 16 Ab-  
bildungen  
Das Buch behandelt allge-  
meinverständlich die Ertran-  
gungen der Atmungsorgane,  
die Lungentuberkulose und  
ihre Hygiene und die  
Atmungsphysiologie

Ordentlicher  
junger  
Mann  
zum Besuch der Land-  
schaft gesucht.  
Schriftl. Angebote  
unter Nr. 2181 an  
die Geschäftsst. ds. Bl.

Nur d...  
-Seite...  
Erst...  
Der...  
Schriftl...  
Calgramm...  
Nr. 14...  
Am Mo...  
über die...  
Chamber...  
noch eine...  
Litauen...  
Genfer Erk...  
Ein...  
Denn al...  
Beschwerde...  
angenomme...  
verfuch der...  
Streisemann...  
genommen...  
wissen gespr...  
wie so man...  
papierford...  
weiteres zur...  
Rechtslage...  
ihre Verber...  
Memelst...  
„Das Mem...  
eine Ein...  
sprechun...  
hab der So...  
Und nun...  
höhe sich...  
von fuhrend...  
Beschwerde...  
Artikel 17...  
diesem Abt...  
feierlichen...  
gehten Dien...  
sagen abfich...  
versprach...  
wahlen (a...  
an die Best...  
mentarische...  
Worten: de...  
Direktorium...  
nach den U...  
übrigen ver...  
Memellande...  
die anderen...  
kommenheh...  
autonomie...  
und Auswei...  
Somit h...  
m i h, nicht...  
Beschwerden...  
zug, als es...  
sichungen...  
daß die Er...  
wurde. Ob...  
gültig eing...  
litauer solle...  
stark sein. A...  
Rabinett ab...  
Also, ei...  
doch davon...  
werde. Wir...  
Wünsche...  
beiden wic...  
der Diffe...  
Besahun...  
durch erled...  
neutraler D...  
34 Betonun...  
der der gan...  
kommenhäng...  
handelt wer...  
mann komm...  
ober viel br...  
Neu...  
Berlin, i...  
ner gestrige...  
tariffragen...  
Boden der...  
Es wird den...  
Erstattung...  
politischen...  
des deutsche...  
niveaus erf...  
schläge bef...  
gehen. Die...  
konferenz...  
stanz der b...  
Koloniafion...  
wisse Erhö...  
das Rabinett